

Gleichstellung:	
Vorstände ein wenig weiblicher	2
Alterssicherung: Für Rentner wird es enger	3
Unternehmenssteuern:	
Schlupflöcher lassen sich schließen	4
Europa:	
Deutsche Arbeitskosten kaum gestiegen	6
Niedriglöhne:	
Stetiges Wachstum am unteren Rand	7
TrendTableau	8

ATYPISCHE BESCHÄFTIGUNG

Normalarbeit auf dem Rückzug

Im Boomjahr 2010 wuchs ausschließlich die atypische Beschäftigung: Teilzeit, Leiharbeit, Minijobs. Das zeigen aktuelle Daten des WSI.*

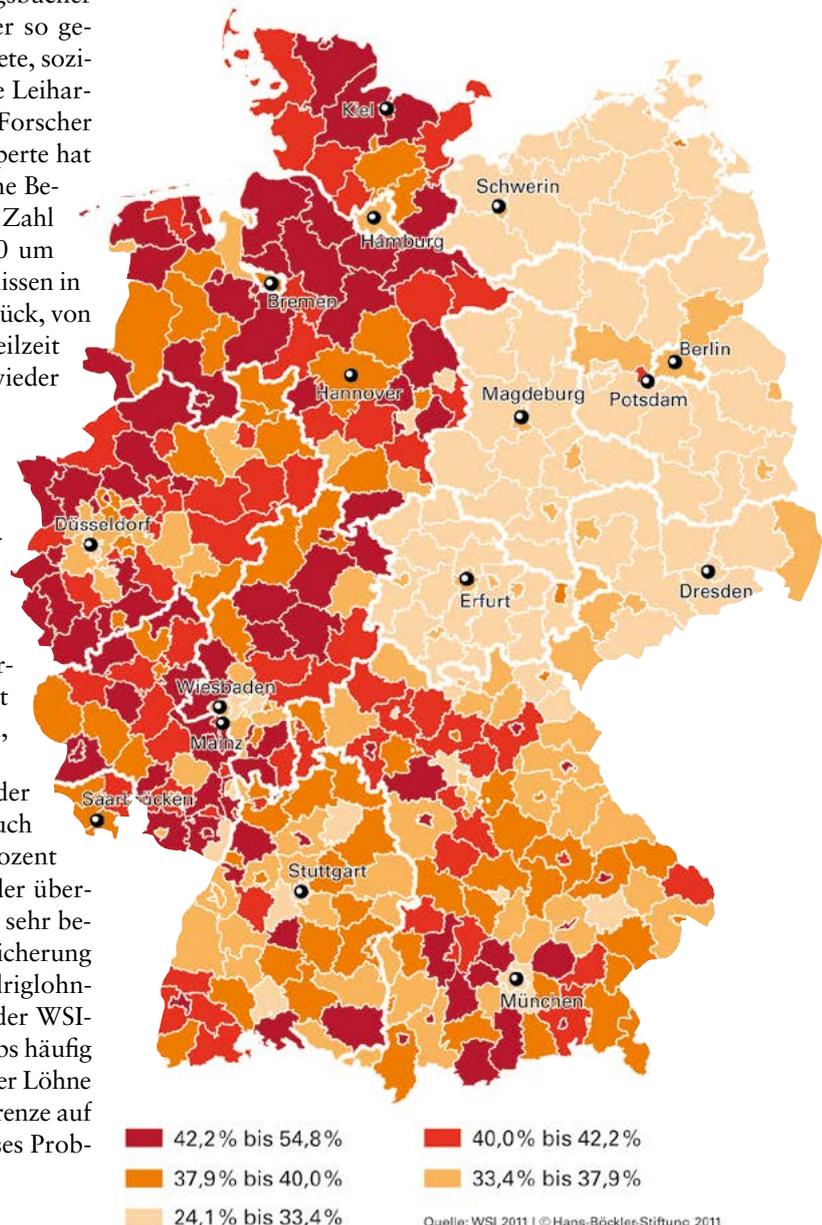
Nach der Wirtschaftskrise waren 2010 die Auftragsbücher deutscher Unternehmen wieder voll. Die Zahl der so genannten Normalarbeitsverhältnisse – eine unbefristete, sozialversicherungspflichtige Vollzeittätigkeit, die keine Leiharbeit ist – ging dennoch zurück. Darauf weist WSI-Forscher Alexander Herzog-Stein hin. Der Arbeitsmarkt-Experte hat die neuesten Zahlen der WSI-Datenbank „Atypische Beschäftigung“ ausgewertet. Danach sank die absolute Zahl der Normalarbeitsverhältnisse von 2008 bis 2010 um 267.000. Ihr Anteil an allen Beschäftigungsverhältnissen in der Privatwirtschaft ging sogar überproportional zurück, von 62,5 auf 61,2 Prozent. Denn zeitgleich nahmen Teilzeit und Minijobs stetig zu, im vergangenen Jahr auch wieder die Leiharbeit, nach einem Einbruch im Jahr 2009.

Die WSI-Datenbank ermöglicht einen detaillierten Blick auf die Entwicklung der atypischen Beschäftigung in einzelnen Städten und Landkreisen. Hier zeigt sich: In einigen ländlichen Regionen Westdeutschlands machen Leiharbeit, Minijobs und Teilzeit fast die Hälfte der Beschäftigungsverhältnisse aus. Zwar kommt es in der Statistik zu Überschneidungen, wenn Leiharbeitnehmer in Teilzeit arbeiten. Doch die dürften eher gering sein: Leiharbeit ist eine männlich dominierte Beschäftigungsform, gleichzeitig arbeiten Männer selten in Teilzeit.

Für Frauen gilt: Sogar über die Hälfte aller in der Privatwirtschaft Beschäftigten arbeitet atypisch. Auch hier finden sich die Spitzenreiter mit bis zu 70 Prozent im ländlichen Raum tief im Westen. Auffällig ist der überdurchschnittlich hohe Anteil an Minijobs. „Dies ist sehr bedenklich, weil Minijobber keine eigenständige Absicherung über die Sozialversicherungen haben und der Niedriglohnanteil unter den Minijobbern sehr hoch ist“, sagt der WSI-Forscher. Im Dienstleistungsbereich würden Minijobs häufig als staatlich legitimes Instrument zum Drücken der Löhne genutzt. „Mit ihrer Absicht, die Minijob-Verdienstgrenze auf 450 Euro anzuheben, verschärft die Regierung dieses Problem noch“, befürchtet Herzog-Stein. ◀

Atypische Jobs vor allem im Westen

In Teilzeit, als Minijobber oder Leiharbeiter beschäftigt sind in der Privatwirtschaft...



* Quelle: WSI-Datenbank „Atypische Beschäftigung“
Download unter www.boecklerimpuls.de

Vorstände ein wenig weiblicher

In Deutschlands Führungsetagen kommt ein bisschen Bewegung: Sechs Frauen sind in der abgelaufenen Hauptversammlungssaison neu in die Vorstände von 75 großen börsennotierten Unternehmen aufgerückt. Trotzdem liegt der Frauenanteil bei lediglich drei Prozent.

Allen Appellen, Initiativen und Absichtserklärungen zum Trotz sind Frauen in den Top-Positionen der deutschen Wirtschaft immer noch selten. Der Deutsche Juristinnenbund (djb) hat deshalb 2011 das zweite Jahr in Folge die Hauptversammlungen von 75 DAX-, M-DAX- und Tec-DAX-Konzernen besucht – und dort jede Menge Fragen gestellt: Was halten Aufsichtsrat und Vorstand von einer Frauenquote für Führungspositionen? Bildet sich der Frauenanteil im Unternehmen auf den Führungsebenen ab? Wo werden Zahlen veröffentlicht? Die gesammelten Antworten haben die Juristinnen ausgewertet und in einem Bericht veröffentlicht, mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung.*

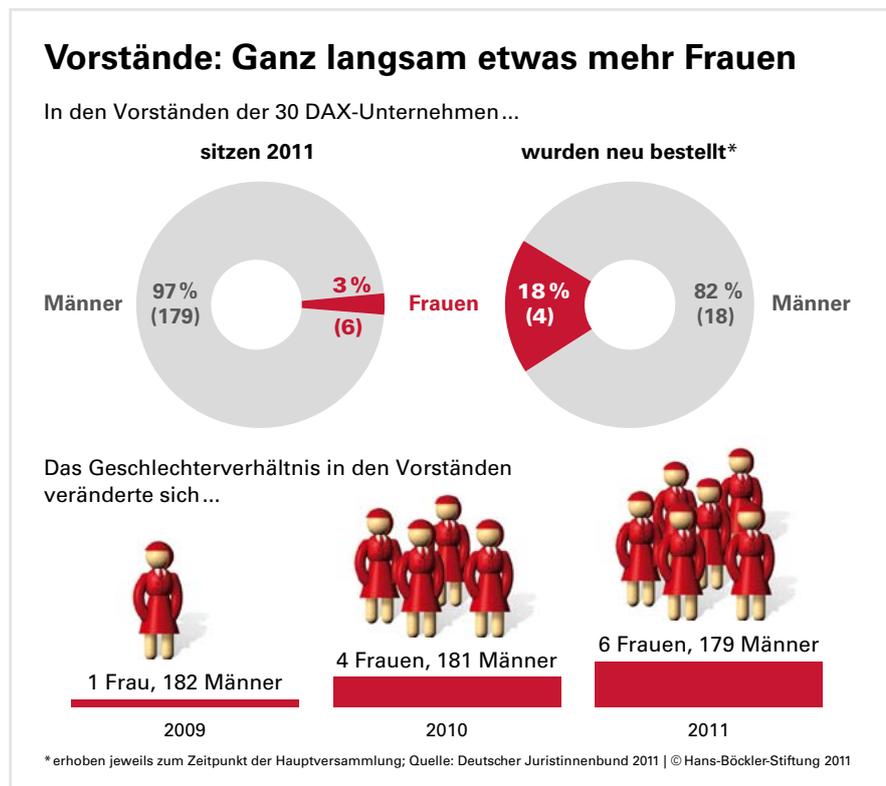
„Veränderungen sind spürbar, wenn auch noch viel zu gering“, lautet ihr Fazit. Dort, wo der Corporate Governance Kodex konkrete Ziele und Zeitvorgaben fordert, sei reagiert worden – also im Aufsichtsrat. Denn seit Mai 2010 sieht der Kodex vor, dass die Aufsichtsgremien börsennotierter Unternehmen konkrete Pläne für mehr Frauen in ihren Reihen vorlegen sollen – und regelmäßig darüber berichten, ob die Ziele erreicht werden. Bei der Besetzung des Vorstands und weiterer Führungspositionen hingegen, wo die Unternehmen sich nicht explizit erklären müssen, fehle es oft an konkreten Zielen und Zeitvorgaben, stellt der djb fest. Die Ergebnisse im Einzelnen:

Aufsichtsrat. Unter den im DAX 30 erfassten größten börsennotierten Unternehmen erklärten nur vier, von den Vorgaben des Kodex abweichen zu wollen. Seit ihrer letzten Hauptversammlung besetzten die DAX-Unternehmen 49 Aufsichtsratspositionen neu, davon 12 mit Frauen. Damit sitzen auf Seiten der Anteilseigner jetzt zu 11 Prozent weibliche Aufsichtsräte. Bei den 45 Befragten aus M-DAX und Tec-DAX formulierte fast die Hälfte keine Ziele oder erklärte eine Abweichung von den Kodex-Vorgaben. Sie besetzten lediglich 16 Prozent der neu zu besetzenden Aufsichtsratsposten mit Frauen – und kommen damit insgesamt auf einen Frauenanteil von 7 Prozent auf der Kapitalseite. Die Arbeitnehmerbank in den Aufsichtsräten ist seit Jahren um einiges weiblicher. Hier liegen die Anteile bei durchschnittlich knapp einem Fünftel.

Vorstand. Lediglich drei aller befragten Konzerne gaben an, mehr Frauen in ihr oberstes Leitungsgremium berufen zu wollen. Im DAX 30 schafften es seit der letzten Hauptversammlung vier Frauen neu in die Vorstände. Damit liegt ihr Anteil nun bei drei Prozent. In den M-DAX- und Tec-DAX-

Unternehmen kamen zwei Frauen hinzu. Daraus ergibt sich ebenfalls ein Gesamtanteil von drei Prozent.

Weitere Führungsebenen. Hier nannten immerhin 19 der befragten Unternehmen konkrete Ziele, um Frauen bei der Besetzung von Führungspositionen stärker zu berücksichtigen. Fast alle DAX-30-Konzerne veröffentlichten in



diesem Jahr frauenspezifische Daten, etwa die Anzahl der weiblichen Beschäftigten und den Anteil von Frauen in Führungspositionen. Auf M-DAX- und Tec-DAX-Ebene taten 25 Unternehmen dies nicht. Bis zu 51 Prozent der Belegschaft in DAX-30-Konzernen sind weiblich. Dennoch sind Frauen mit maximal 13 Prozent auf der ersten Führungsebene unterhalb des Vorstands vertreten. Im M-DAX finden sich viele Unternehmen mit noch deutlich mehr weiblichen Beschäftigten – bis zu 90 Prozent. Frauen besetzen trotzdem nur maximal 42 Prozent der Positionen in der ersten Führungsebene.

Es werde immer noch „auf Zeit gespielt“, fasst der djb die Situation zusammen. Ohne konkrete Vorgaben und öffentlichen Druck werde sich die Zahl der Frauen in Spitzengremien auf absehbare Zeit nicht nennenswert erhöhen, „wahrscheinlich auch nicht ohne ordnungspolitische Maßnahmen durch die Politik“.

* Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung – 2011, Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen im europäischen Kontext, Berlin 2011
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Einkommen: Für Rentner wird es enger

Rentnerhaushalte haben in den vergangenen Jahren real an Einkommen verloren. Das betrifft vor allem Alleinstehende. Aber auch für viele Paare im Ruhestand wird es finanziell enger, zeigt eine neue Untersuchung.*

Seit der Jahrtausendwende sinken die gesetzlichen Renten für Neu-Ruheständler im Durchschnitt spürbar. So kamen Neuzugänge im Jahr 1996 noch auf durchschnittlich 709 Euro monatliches Altersgeld. 2009 waren es dagegen nur noch 686 Euro. Das haben Falko Trischler und Professor Ernst Kistler vom Forschungsinstitut Inifex in einem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojekt ermittelt.

Der Trend wird sich fortsetzen, prognostizieren die Forscher. Denn die sinkenden Rentenansprüche spiegeln mit zeitlicher Verzögerung Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt wider, die sich in jüngster Vergangenheit stark ausgebreitet haben: späterer Berufseintritt, instabile Erwerbsverläufe und Arbeitslosigkeit. Hinzu kommen die Rentenreformen des vergangenen Jahrzehnts, die das Niveau der gesetzlichen Alterssicherung absenkten, um die Beitragssätze zu stabilisieren. Nur ein Teil der Arbeitnehmer habe Aussichten darauf, eine niedrigere gesetzliche Rente durch zusätzliche betriebliche oder private Altersvorsorge kompensieren zu können, beobachten Trischler und Kistler. So beziehen aktuell rund 31 Prozent der Männer und nur 7 Prozent der Frauen im Ruhestand Leistungen aus einer betrieblichen Altersvorsorge. Und Geringverdiener, so zeigen Studien, sorgen seltener privat vor als Beschäftigte mit höherem Einkommen. **Deshalb gehen die Wissenschaftler davon aus, dass die Alterseinkünfte zunehmend ungleich verteilt sein werden.**

Insgesamt deutet vieles darauf hin, dass die Altersabsicherung im Schnitt „zukünftig deutlich niedriger ausfallen wird und damit auch mit einer Zunahme des Armutrisikos im Alter zu rechnen ist“, schreiben die Inifex-Experten in ihrem neuesten Forschungsbericht. Am stärksten werde das Alleinstehende im Rentenalter betroffen, die nur ihre individuelle Alterssicherung haben. In Paarhaushalten können sich die Partner gegenseitig unterstützen. Allerdings dürften auch dafür die Spielräume vielfach eher kleiner werden. Das schließen die Forscher aus ihren Berechnungen zur Einkommensentwicklung in Rentnerhaushalten zwischen 2003 und 2008. Um Alleinstehende mit Paaren vergleichen zu können, ermittelten Trischler und Kistler das jeweilige monatliche Nettoäquivalenzeinkommen pro Person. Die Daten stammen aus den beiden aktuellsten Einkommens- und Verbrauchsstichproben des Statistischen Bundesamts.

Single-Haushalte. Alleinlebende ältere Männer in Westdeutschland haben das höchste Gesamteinkommen. 2003 lag es bei durchschnittlich 1.924 Euro. Allerdings wird dieser Mittelwert – wie bei allen westdeutschen Haushaltstypen – von den vergleichsweise hohen Altersbezüge pensionierter Beamter mit beeinflusst. Nominal stagnierte das Einkommen in dieser Gruppe zwischen 2003 und 2008. Real, also nach Abzug der Preissteigerung, sank es um rund 180 Euro. Die Einkommen von alleinstehenden Senioren in Ost- und alleinlebenden Seniorinnen in Westdeutschland nahmen nominal leicht zu, real büßten beide Gruppen jedoch ebenfalls ein – bei erheblich geringeren absoluten Einkommenshöhen.

Ostdeutsche Frauen im Rentenalter hatten nominal und real Verluste zu verzeichnen.

Die Forscher prognostizieren, dass sich dieser Prozess vor allem im Osten künftig noch verstärken wird. Denn wer in den nächsten Jahren in den neuen Ländern in Rente geht, war häufig von der Massenarbeitslosigkeit nach der Wie-

Ruheständler: Real verlieren alle

Das Nettoeinkommen pro Monat betrug preisbereinigt bei älteren ...



Nettoäquivalenzeinkommen des gesamten Haushalts; die Gewichtung richtet sich nach Anzahl und Alter der Personen des Haushaltes oder der Haushaltsgemeinschaft
Quelle: Inifex 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

dervereinigung betroffen. Allein unter Rentnerinnen in den alten Ländern dürften die durchschnittlichen Alterseinkünfte zumindest nominal zunehmen – als Folge der höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen.

Paar-Haushalte. Dass West-Frauen zunehmend einer Erwerbsarbeit nachgehen, lässt sich auch an den zwischen 2003 und 2008 gestiegenen nominalen Äquivalenzeinkommen in westdeutschen Senioren-Paarhaushalten ablesen. Allerdings zeigt die Analyse der Forscher auch, dass der Abschied vom traditionellen Ernährermodell gerade erst begonnen hat: Weibliche Vollzeitbeschäftigte waren nach wie vor die Ausnahme. Und nach Abzug der Preissteigerung sanken auch hier die Haushaltseinkommen geringfügig. Bei Paaren in den neuen Ländern sah die Entwicklung allerdings deutlich schlechter aus. Sie büßten real im Mittel mehr als 140 Euro ein. ◀

* Quelle: Falko Trischler, Ernst Kistler: Erwerbsverläufe und Alterseinkünfte im Haushaltskontext. Arbeitspapier Nr. 5 des Projekts „Gute Erwerbsbiografien“, 2011
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Schlupflöcher lassen sich schließen

Die öffentlichen Haushalte in Deutschland sind unterfinanziert. Das liegt vor allem daran, dass Bezieher von Unternehmens- und Vermögenseinkommen viele Möglichkeiten haben, Gewinne legal am Fiskus vorbeizuschleusen.

Seit Anfang der 1980er-Jahre ist der Anteil der Arbeitnehmer an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben immer weiter gestiegen. Auf die Lohnempfänger entfielen 2010 66 Prozent des Volkseinkommens, während ihr Beitrag zum Aufkommen an Steuern und Abgaben mit 80 Prozent deutlich überproportional war. Entsprechend geringer fiel der Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen aus. Dies geht aus einer Studie der Steuerexperten Lorenz Jarass und Gustav Obermair im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung hervor.* Die beiden Professoren aus Wiesbaden beziehungsweise Regensburg haben ausgerechnet, dass die „tatsächliche bezahlte“ Steuer- und Sozialabgabenbelastung von Lohneinkommen im vergangenen Jahr bei durchschnittlich 45 Prozent lag. Von den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögensanlagen gingen hingegen lediglich 22 Prozent an den Staat.

Legale Steuervermeidung und Steuerflucht sind laut der Studie vor allem für international verflochtene Unternehmen relativ einfach. Solche Firmen haben heute viele Möglichkeiten, den steuerlich relevanten Gewinn herunterzurechnen, indem sie Finanzierungsstrukturen wählen, bei denen sie hohe Lizenzgebühren oder Schuldzinsen an ausländische Gesellschaften abführen müssen. Damit werden große Teile ihres in Deutschland erwirtschafteten Ertrags ins Ausland transferiert und bleiben hierzulande steuerfrei. Dank aufwändiger Konstruktionen – etwa unter Einbeziehung von Steuerparadiesen wie den Cayman-Inseln – fallen auch in anderen Ländern oft keine Steuern an. Solche Praktiken schmälern nicht nur das Steueraufkommen, sondern benachteiligen auch kleinere Betriebe, denen entsprechende Möglichkeiten zur legalen Steuervermeidung oder -flucht nicht zur Verfügung stehen, so Jarass und Obermair.

Um das Steueraufkommen zu stabilisieren und gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, schlagen die Wissenschaftler eine neue Bezugsgröße für die Besteuerung vor: den bei der Bilanzierung ohnehin ermittelten Gewinn vor Zinsen und Steuern (EBIT). Würden die Unternehmenssteuern auf dieser Basis direkt beim Betrieb erhoben – egal ob der Eigentümer Aus- oder Inländer ist –, könnten keine in Deutschland erwirtschafteten Gewinne mehr unversteuert abfließen.

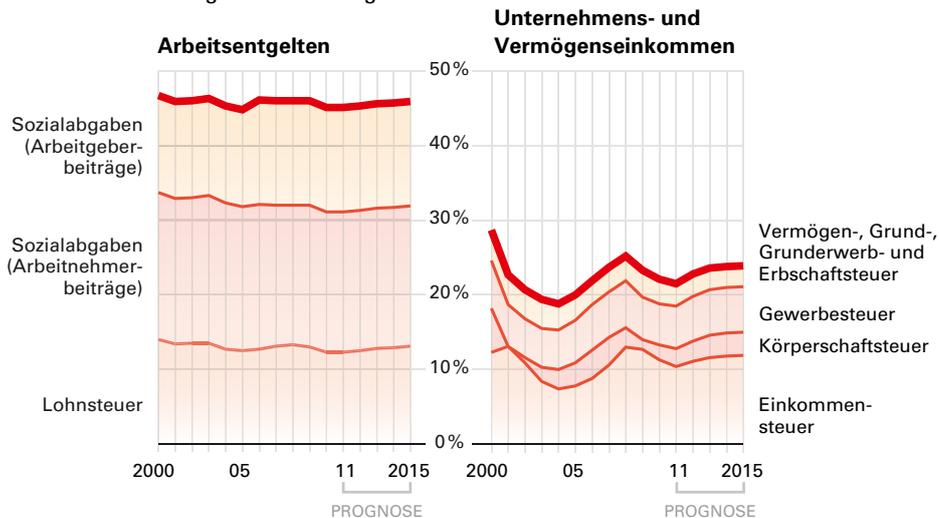
Steuerliche Abzugsmöglichkeiten für Unternehmen existieren bislang auch für Aufwendungen, die zu in

Deutschland nicht versteuerten Erträgen führen. Damit subventioniert der Staat unter anderem Produktionsverlagerungen ins Ausland, erläutern Jarass und Obermair: Die Kosten für den Umzug mindern in Deutschland die Steuerlast, die Gewinne fallen am neuen Standort an. Die Wissenschaftler raten, entsprechende Abzugsmöglichkeiten zu streichen.

Die Regeln zur Gewinn- und Verlustverrechnung im Konzern erlauben es Unternehmen, die Erträge profitabler Betriebe gegen die Verluste anderer Betriebe im Unternehmensverbund aufzurechnen. Im Ergebnis sinkt das Steueraufkommen, Konzerne haben einen Steuervorteil gegenüber kleineren Unternehmen und viele Kommunen nehmen kaum Gewerbesteuern ein – obwohl die örtliche Niederlassung eines großen Konzerns eigentlich hohe Überschüsse erwirtschaftet. Jarass

Kapitaleinkommen bevorzugt

Die tatsächliche Abgabenlast beträgt bei den ...

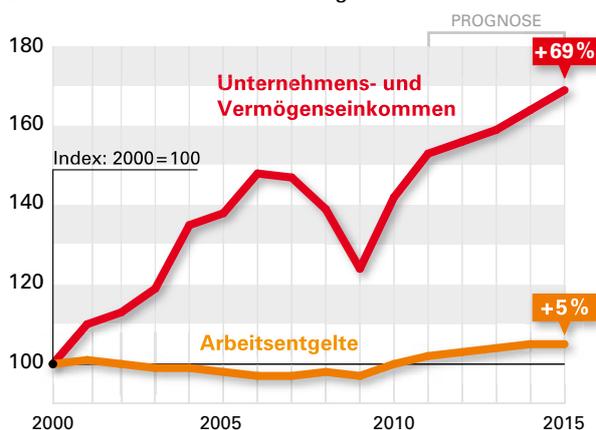


Quelle: Jarass 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

Die Forscher haben im Detail untersucht, wie die geringe Durchschnittsbelastung von Kapitaleinkünften zustande kommt. Einen wesentlichen Grund sehen Jarass und Obermair darin, dass das deutsche Steuerwesen den Anforderungen einer globalisierten Wirtschaft nicht gerecht wird. Es biete die Möglichkeit, „erhebliche Anteile von großen, in Deutschland erworbenen Einkommen legal dem deutschen Fiskus“ zu entziehen. Ausgehend von ihren Analysen haben die Steuerexperten einen Maßnahmenkatalog entwickelt, mit dessen Hilfe sich die Schieflage überwinden und die öffentlichen Haushalte auf eine solidere finanzielle Basis stellen ließen. Ihre Vorschläge ließen sich auf nationaler Ebene umsetzen, ohne etwa mit EU-Recht zu kollidieren, betonen die Forscher.

Löhne abgehängt

Die realen Nettoeinkommen steigen um...



Quelle: Jarass 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

und Obermair plädieren dafür, die so genannte steuerliche Organschaft aufzuheben und damit die Verlustverrechnung zwischen Konzerngesellschaften bei der Körperschaft- und Gewerbesteuer abzuschaffen.

Verlustvorträge eröffnen Unternehmen die Möglichkeit, einmal angefallene Verluste beliebig lange vor sich her zu schieben und sie in guten Jahren gegen einen Teil der Gewinne aufzurechnen. Im Jahr 2006 hatten die Kapitalgesellschaften in Deutschland 576 Milliarden Euro zur Steuer mindernden Verrechnung mit kommenden Gewinnen aufgeführt. Die Steuerexperten schlagen vor, Verlustvorträge nach einigen Jahren abzuschmelzen, wie es in vielen EU-Ländern üblich ist.

Stille Reserven entstehen dadurch, dass Wertzuwächse von Vermögensgegenständen – vor allem Grundstücke und Immobilien – steuerlich erst beim Verkauf erfasst werden.

Wenn es keine Besitzerwechsel gibt, bleiben Wertsteigerungen von Betriebsvermögen also unbesteuert, schreiben die beiden Wissenschaftler. Beispielsweise stehen vor langer Zeit für 100.000 Mark gekaufte Grundstücke noch heute mit diesem Wert in der Bilanz, auch wenn der Marktpreis inzwischen bei einer Million Euro liegt. Damit solche Wertzuwächse nicht gänzlich steuerfrei bleiben, setzen sich Jarass und Obermair für eine schrittweise Annäherung der Buchwerte an die Verkehrswerte ein. So könnten die stillen Reserven etwa über einen Zeitraum von zehn Jahren aufgedeckt werden,

wobei in jedem Jahr ein Teil des Wertzuwachses als steuerpflichtiger Gewinn verbucht würde.

Die Gewerbesteuer wurde den Autoren der Studie zufolge zwischen 1980 und 2008 ausgehöhlt. Sie war ursprünglich eine Steuer, die alle auf die Kapitalgeber entfallenden Erträge erfasste – beim Fremdkapital die Zinsen, beim Eigenkapital die Gewinne. Übrig sei am Ende nur eine „Extra-Gewinnsteuer für Großunternehmen“ geblieben. Seit 2008 wird zumindest ein Teil der gezahlten Schuldzinsen und Lizenzgebühren, die an Mutter- oder Finanzierungsgesellschaften fließen, wieder besteuert. Jarass und Obermair schlagen vor, den 2008 eingeschlagenen Kurs fortzusetzen und die Gewerbesteuer zu einer „kommunalen Betriebssteuer“ auszubauen, der „alle im Betrieb erwirtschafteten Kapitalentgelte“ als Bemessungsgrundlage dienen.

Die Abgeltungsteuer entlastet die Bezieher hoher Einkommen stark, da auf Kapitalerträge nicht mehr der persönliche Einkommensteuersatz, sondern nur noch pauschal 25 Prozent erhoben werden. Durch die anonyme Erhebung der Steuer bei der kontoführenden Bank hat der Fiskus keinen Überblick mehr, welcher Steuerpflichtige welche Kapitaleinkünfte hat. Dies begünstigt die Steuerhinterziehung, warnen die Experten. Kapitalerträge sollten wieder in der Einkommensteuererklärung ausgewiesen und mit dem persönlichen Satz besteuert werden.

Die Steuermoral ist Jarass und Obermair zufolge auch wegen der meist relativ harmlosen Sanktionen für Steuerhinterzieher unzureichend. Sie weisen darauf hin, dass der mögliche Strafraum oft nicht ausgeschöpft werde. Im Falle von Wiederholungstätern oder Beträgen über einer Million Euro sollte eine Freiheitsstrafe nach Meinung der Steuerexperten jedoch zwingend sein. Zudem kritisieren sie das von der Bundesregierung geplante Steuerabkommen mit der Schweiz, das wiederum vielen Steuerbetrügerei Straffreiheit gewähre. ◀

* Quelle: Lorenz Jarass, Gustav Obermair: Steuermehreinnahmen – Maßnahmen zur nachhaltigen Staatsfinanzierung, MV Wissenschaft, Münster, Dezember 2011

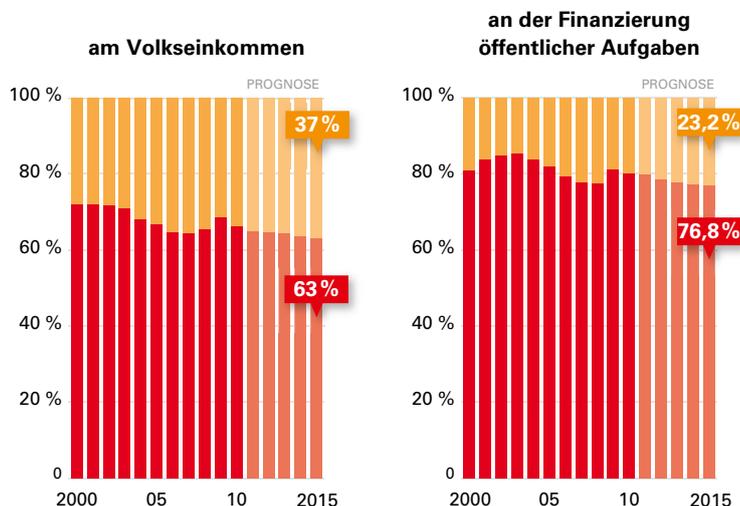
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Arbeitnehmer überproportional belastet

So hoch ist der Anteil der ...

Unternehmens- und Vermögenseinkommen

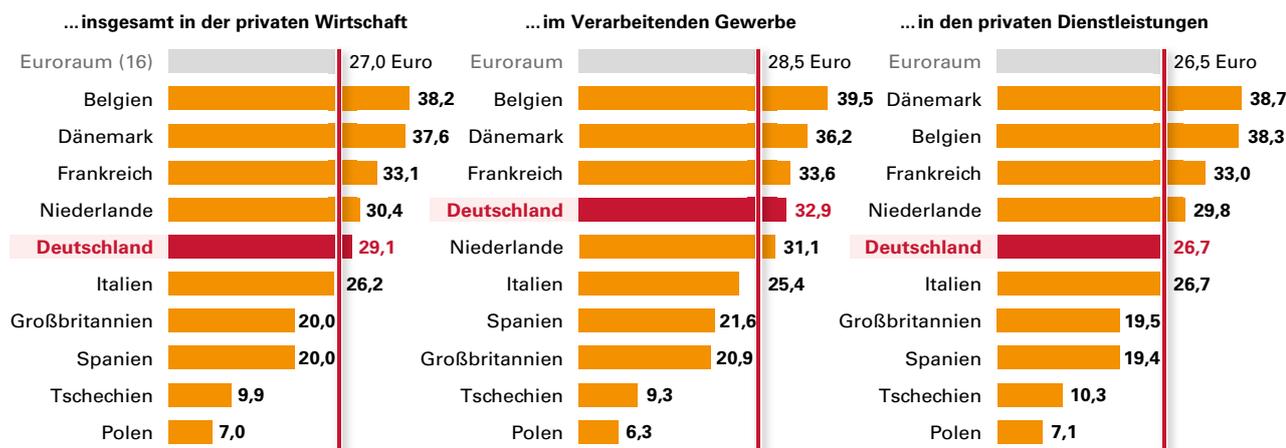
Arbeitsentgelte



Quelle: Jarass 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

Deutsche Arbeitskosten: Industrie profitiert von günstigen Dienstleistungen

So viel kostete 2010 eine Arbeitsstunde ...



Euroraum 2010 noch ohne Estland; Quellen: Eurostat, Bundesbank, Berechnungen IMK 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

EUROPA

Deutsche Arbeitskosten kaum gestiegen

Seit dem Start des Euro steigen die deutschen Arbeitskosten schwächer als in jedem anderen Mitgliedsland – eine Gefahr für die Stabilität des gemeinsamen Währungsraums.

Die immer dramatischere Krise Eurolands und die diversen Rettungsversuche von Politikern und Zentralbanken haben den Blick auf eine wesentliche Ursache der Krise verstellt: die hohen Leistungsbilanzungleichgewichte der Mitgliedstaaten untereinander. Diese stehen in enger Verbindung mit der Entwicklung der Arbeitskosten in der Privatwirtschaft, zeigt eine aktuelle Untersuchung des IMK.*

Die Wissenschaftler haben die deutschen Arbeitskosten mit denen der europäischen Nachbarn verglichen. Denn deren Höhe beeinflusst die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Als Einkommensgröße wirken Arbeitskosten aber auch auf die Konsumnachfrage. In Deutschland haben unterdurchschnittliche Zuwächse bei den Arbeitskosten den inländischen Preisauftrieb, die Binnennachfrage und damit die Importe gedämpft, so das IMK. Zugleich haben sie über die verbesserte Wettbewerbsposition die Exporte stimuliert. Die Folge: Leistungsbilanzüberschüsse.

Mit Arbeitskosten von 29,10 Euro pro Arbeitsstunde im Jahr 2010 liegt die deutsche **Privatwirtschaft** zwar oberhalb des Euroraum-Durchschnitts von 27 Euro. Allerdings rangiert Deutschland eher im unteren Bereich einer Ländergruppe mit überdurchschnittlichen Werten – an siebter Stelle. Und der Abstand zu den Ländern mit höheren Arbeitskosten ist gewachsen, so das IMK: Belgien, Dänemark, Schweden, Frankreich, Luxemburg und die Niederlande verzeichnen für das vergangene Jahr Anstiege zwischen 2 und 3,5 Prozent. Deutschland weist dagegen lediglich ein Plus von 0,6 Prozent auf.

„Damit setzt sich die Entwicklung der vergangenen Jahre fort, dass die deutschen Arbeitskosten im europäischen Vergleich weit unterdurchschnittlich zunehmen“, fassen die Forscher zusammen. Seit 2000 sind hierzulande die Arbeits-

kosten im Schnitt um jährlich 1,7 Prozent gestiegen – gut einen Prozentpunkt schwächer als im Euroraum insgesamt.

Besonders deutlich zeigt sich das Auseinanderdriften der Arbeitskosten im **privaten Dienstleistungssektor**, dokumentieren die Wissenschaftler: So liegt Dänemark mit 38,70 Euro je Stunde inzwischen um 12 Euro über dem deutschen Wert. Im Euroraum-Vergleich ist Deutschland nun fast auf Durchschnittsniveau angekommen, mit Arbeitskosten in der Höhe von Ländern wie Italien und Irland.

Das **Verarbeitende Gewerbe** weist hierzulande mit 32,90 Euro pro Stunde vergleichsweise hohe Arbeitskosten auf. Allerdings ist nach den Berechnungen des IMK auch in diesem Sektor zu beobachten, dass Deutschland sich weiter von der Spitzengruppe entfernt. In nur zwei Jahren hat sich der Abstand zu Belgien, dem Land mit den höchsten Arbeitskosten, von gut 4 Euro auf 6,60 Euro je Stunde ausgeweitet.

Hinzu kommt: Ein methodisch sauberer Vergleich der tatsächlich für die Produktion von industriellen Gütern anfallenden Arbeitskosten muss die Vorleistungsverflechtungen berücksichtigen. Denn Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes kaufen produktionsnahe Dienstleistungen oft extern ein. Da die Arbeitskosten im Dienstleistungsbereich um 18,7 Prozent niedriger liegen als die Arbeitskosten der Industrie, wirkt sich das entlastend aus. Der tatsächliche Einspareffekt dürfte zwischen 8 und 10 Prozent liegen, schätzt das IMK. Im Euroraum-Vergleich ist das besonders viel.

Auch die Lohnstückkosten, also die Arbeitskosten korrigiert um Produktivitätszuwächse, haben sich in Deutschland seit der Jahrtausendwende weit unterdurchschnittlich entwickelt, zeigt das IMK. Zwischen 2000 und dem Beginn des Jahres 2008 stagnierten sie sogar. In der Wirtschaftskrise 2008/2009, als Unternehmen die Arbeitszeit verkürzten und

so Beschäftigung hielten, stiegen die deutschen Lohnstückkosten dann zwar kurzzeitig stärker als im Euroraum-Durchschnitt. „Dies war aber lediglich eine technische Reaktion, hinter der ein großer arbeitsmarktpolitischer Erfolg steht“, betonen die Forscher. Seit Anfang 2010 haben sich die Zuwächse bei den Lohnstückkosten wieder zurückgebildet. Insgesamt hat die deutsche Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit – und ihren Leistungsbilanzüberschuss – gegenüber den meisten Euroraum-Partnern immer weiter gesteigert.

Viele Mitgliedsländer missachteten ein grundlegendes Prinzip einer Währungsunion ansonsten souveräner Staaten, kritisieren die Wissenschaftler: Damit keine Ungleichgewichte im Außenhandel entstehen, hätte jedes einzelne Land das gemeinsame Inflationsziel

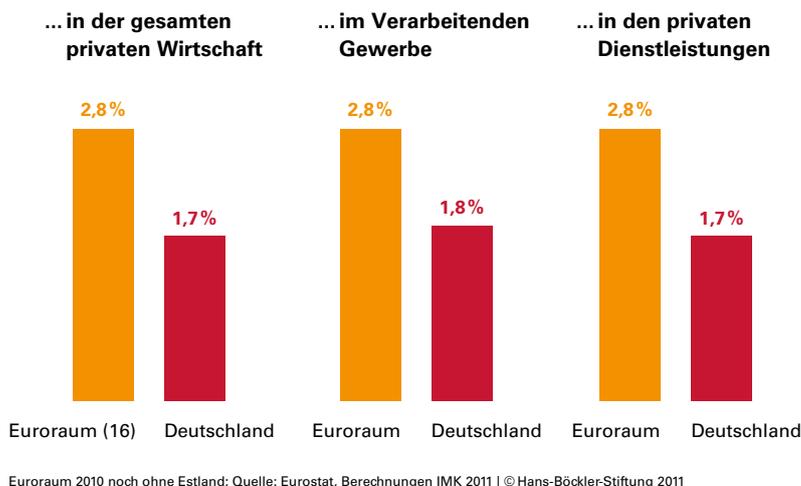
– nicht über, aber nahe zwei Prozent – dauerhaft einhalten müssen. Die Lohnstückkosten als einer der maßgeblichen Kostenfaktoren der Preissteigerungsrate hätten sich ebenfalls in diesem Rahmen bewegen müssen.

Tatsächlich entwickelten sich aber nur in einigen Ländern die Lohnstückkostensteigerungen konsistent mit der Zielinflationsrate der EZB – so zum Beispiel in Frankreich, Belgien und Finnland. Deutschland weiche eklatant nach unten ab mit einem durchschnittlichen jährlichen Lohnstückkostenanstieg von nur rund 0,6 Prozent, stellen die Forscher fest.

In Griechenland, Italien, Portugal, Irland und Spanien wuchsen die Lohnstückkosten bis zum Beginn der Krise über-

Deutschland unterbietet die Währungspartner

Die Arbeitskosten wuchsen von 2000 bis 2010 im Jahresdurchschnitt...

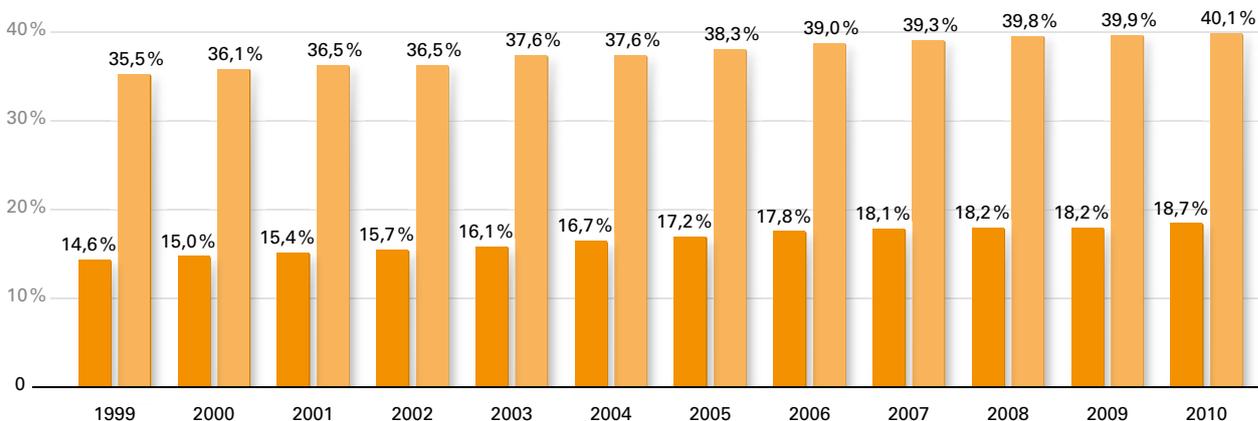


durchschnittlich stark. Diese Abweichungen seien mittlerweile jedoch schon nennenswert korrigiert worden, so das IMK. Der Bundesrepublik komme eine besondere Verantwortung zu: „Um eine Konvergenz bei der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen, muss sich daher Deutschland mit seinen Arbeitskosten viel stärker nach oben bewegen, als sich diese Ländergruppe nach unten anpassen muss.“ ◀

* Quelle: Torsten Niechoj, Ulrike Stein, Sabine Stephan, Rudolf Zwiener: Deutsche Arbeitskosten: Eine Quelle der Instabilität im Euroraum, IMK Report Nr. 68, Dezember 2011
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Niedriglöhne: Stetiges Wachstum am unteren Rand

Der Anteil der für Niedriglöhne arbeitenden Vollzeitbeschäftigten* betrug in West- und Ostdeutschland...



* ohne Auszubildende – Niedriglohnschwelle: zwei Drittel des gesamtdeutschen Median-Stundenlohns; Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

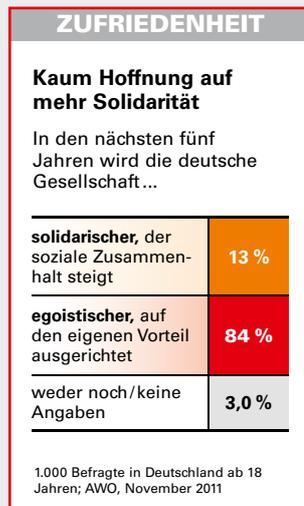
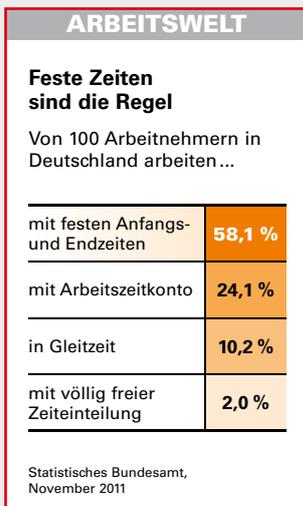
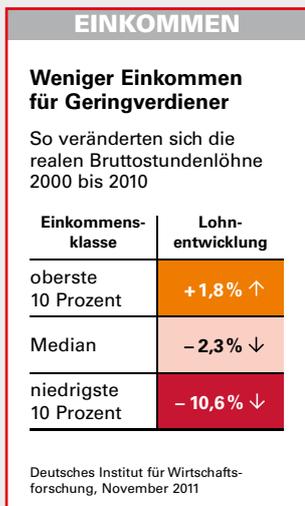
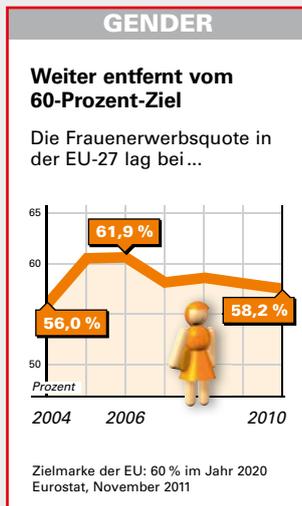
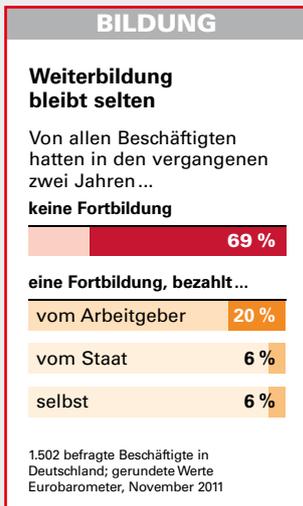
22,8 Prozent der Vollzeitbeschäftigten in Deutschland bekamen 2010 einen Lohn unterhalb der Niedriglohnschwelle von 1.802 Euro. Das geht aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit hervor. Die Niedriglohngrenze entspricht zwei

Dritteln des mittleren Bruttomonatsentgelts. In Ostdeutschland waren rund 40 Prozent der Fulltime-Jobs gering entlohnt, im Westen knapp 19 Prozent. In beiden Landesteilen nimmt die Niedriglohnbeschäftigung kontinuierlich zu.

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);
Chefredaktion: Rainer Jung (i.V.); **Redaktion:** Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter, Sören Zieher;
 E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11 / 77 78-286,
 Fax 02 11 / 77 78-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH,
 Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **EINKOMMEN:** Die Ungleichheit in Deutschland hat sich in den vergangenen 15 Jahren deutlich verschärft. Nach Berechnungen der OECD verfügten die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung im Jahr 2008 über Einkünfte, die achtmal so hoch waren wie die der ärmsten Bevölkerungsschicht. Mitte der 1990er-Jahre lag das Verhältnis noch bei sechs zu eins.

Die wachsende Ungleichheit führt die OECD auf mehrere Faktoren zurück: Hochqualifizierte profitieren von stabilen Beschäftigungsverhältnissen und steigenden Einkommen, Geringqualifizierte finden immer weniger Arbeit. Auch die Zunahme der Teilzeitarbeit und die wachsende Bedeutung von Kapitaleinkünften für die Einkommen von Besserverdienern tragen laut OECD

zur Polarisierung bei. Zudem verteile das Steuer- und Sozialsystem weniger um. OECD, Dezember 2011

► **DEMOKRATIE:** Die große Mehrheit der Wahlberechtigten wünscht eine stärkere direkte politische Beteiligung. In einer Umfrage sprachen sich knapp drei Viertel generell für mehr Volksentscheide aus – obwohl nur 54 Prozent

der Ansicht sind, dass Volksabstimmungen „meistens zu klügeren und besseren“ Entscheidungen führen als der parlamentarische Prozess. Eine direkte Beteiligung hatten 70 Prozent der Befragten insbesondere bei Projekten wie „Stuttgart 21“ für sinnvoll. 51 Prozent wünschen sich ein Plebiszit über Fragen, die den Euro bzw. die EU betreffen. Infratest Dimap, Dezember 2011